



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3688-3693. Telegramm-Adresse: Ullstein, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 66. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch. Berlin. Anzeigen-Preis: Nr. 2/15 Pfennig. Familien-Anzeigen: Nr. 2/10 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

20 Pf. · Nr 360 · A 183

SONNTAG, 2. AUGUST 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Das Geld rottet wieder

Milliardenkredit für England — Fortschritte der Stillhaltung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. AUGUST

Die internationale Finanzlage hat sich in den letzten 24 Stunden wesentlich entspannt. Die französisch-englischen Kreditverhandlungen, an deren Zusammenbruch trotz des Absterbens von Snowden nicht mehr zu zweifeln war, sind unter Beteiligung der amerikanischen Notenbank in einer Form zum Abschluß gekommen. Gleichfalls ist unter Führung der Deutschen Bank und Discontobank die deutsch-französische Verhandlung über die Stillhalte-Aktion jenseit gefördert worden, daß mit einem Abschluß in wenigen Tagen zu rechnen ist. Schließlich konnten auch aus 3 merita gültige Nachrichten über die Bereitschaft der amerikanischen Privatbanken, die kurzfristigen Kredite in Deutschland auf sechs Monate setzen zu lassen. Damit ist die internationale Stillhalte-Aktion zugunsten Deutschlands, die auf der Londoner Ministerkonferenz beschlossen worden war, nun auch bei den Banken, die in Westeuropa tätigen müssen, auf den ganzen Welt fidele gestellt.

Der Präsidentenrat hat die Bank von England, über den Sir Robert Knickerherd gestern Abend in Paris die Angelegenheiten verhandelt, sich für ein ziffermäßig größer als vorher beantragt war. Er erträgt sich auf 50 Millionen Pfund. Auf die Stunde der Bank von Frankreich, die nur mit der Hälfte an dem Gesamtbetrag beteiligt ist, werden aber die Beträge angesetzt, die die französische Notenbank vereinbarungsgemäß im Laufe der letzten acht Tage bereits zur Stärkung des Hundstundes aufgebracht hat. Dadurch sinkt der französische Anteil wahrscheinlich unter die ursprünglich in Aussicht genommenen 20 Millionen Pfund.

Die französische Stunde wird noch einmal unterteilt, die Hälfte übernimmt direkt die Bank von Frankreich, die andere Hälfte wird auf die französischen Großbanken und die großen Pariser Privatbanken umgelegt. Der Binsatz soll 3 1/2 v. H. betragen, liegt also unter dem jetzigen Diskont der Bank von England.

In welchem Ausmaß die Bank von England auf diesen Kreditlinien zurückgreifen muß, hängt zum erheblichen Teil von der Entscheidung in Deutschland ab. Schematisch hindurch die Kreditation auch die fast belasteten Altbankhäuser in die Lage versetzt, ihre kurzfristigen Kredite in Deutschland setzen zu lassen und bereits vorgenommene Kreditmaßnahmen zurückzuführen. Die eingehenden Beschlüsse darüber sollen, wie wir bereits mitteilen, am Dienstag in London in einer gemeinsamen deutsch-französisch-englischen Bankentbesprechung gefaßt werden.

Als ein günstiges Vorzeichen für das Gelingen der großen internationalen Diskussion für Deutschland wird hier auch die Mitteilung des Präsidenten der American Express Co., Higgins in der Chase National Bank in dem internationalen Sachverständigenkomitee angesehen. Wenn sich die Europäische Wagnis und der Substanzrat des Pariser Sachverständigenkomitees um einige Tage verschieben wird, so erklärt man doch in der Reichsfinanzverwaltung die Vertretung Amerikas in dem Kreditkomitee zu übernehmen, eine gewisse Gewähr dafür, daß die deutschfreundliche Gruppe in Wall Street die Oberhand gewonnen hat und daß Amerika bereit ist, sich an einer großzügigen Aktion für Deutschland zu beteiligen. Alfred S. Higgins, der seit der ihm durchgeführten Fusion der Chase Bank und der Equitable an der Spitze der größten Bank der Welt steht, gilt als Vorstandsmitglied in Wall Street als höchste Autorität.

Bekannt ist, daß die Chase Bank enge Beziehungen zur Rockefeller-Gruppe hat, während sie zum Unterschied von den beiden anderen New-Yorker Großbanken, der Guaranty Trust Co. und der National City Bank of New York, gegenüber dem Bankhaus Morgan eine durchaus selbständige Stellung einnimmt. Die Chase Bank ist von den großen New-Yorker Bankinstituten am tiefsten in Deutschland interessiert, was auch schon darin seinen Ausdruck fand, daß der Londoner Vertreter der Chase Bank, James S. Cannon, an der Berliner Besprechung über die Stillhalteaktion mitwirkte. Vom nächsten Freitag an wird nun Higgins selbst die Leitung der Verhandlungen in Europa übernehmen.

Wie von amerikanischer Seite versichert wird, tut er das zwar nicht als Abgeordneter des Federal Reserve Board, aber als unabhängigen Wunsch des Gouverneurs der Federal

Reserve Bank of New York, George E. Harrison, und mit Zustimmung von Washington. John Pierpont Morgan, der sich zur Zeit ebenfalls in Europa aufhält, und dessen Bankentzogen sich in den letzten Wochen wieder recht unruhig gegenüber Deutschland gezeigt hat, wird sich nicht, wie bei der World-Konferenz, persönlich bemühen müssen. Er kann die Erholungsfahrt auf seiner Jagd ungehindert fortsetzen. Wall Street vertritt diesmal Wallag.

Der günstige Einbruch der Finanzverhandlungen wird in Paris zum Teil allerdings wieder aufgewogen durch die politischen Nachrichten, die aus Deutschland kommen.

Man zeigt sich hier übermäßig beunruhigt über die bevorstehende Abstimmung in Preußen. Das Datum des Volksentscheides, der 9. August, erregt in immer größeren Betonen in der Pariser Presse, und gerade die versöhnlich-günstigen Streife gehen sich beim Glauben hin, daß an diesem Tage gerade die Entscheidung über den Frieden in Europa falle. Wäglich unverkennbar wird die Haltung der Deutschen Volkspartei, die man hier mit besonderer Betonung die Partei des Außenministers Curtius nennt.

Weer auch schon vor der letzten Entscheidung der Volkspartei zugunsten des Volksentscheides ist hier unüberwiegend eine Unruhe entstanden, die wahrscheinlich von Berlin aus leicht hätte abgemildert werden können. Die Berliner Korrespondenten der großen Pariser Informationsagencien, überwiegend sächsisch an der deutsch-französischen Verhandlung arbeitende Büros, sind offenbar nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig über die möglichen Auswirkungen des Volksentscheides unterrichtet worden. Man hat ihnen außerdem nicht gesagt, daß selbst im ungünstigsten Falle ein weiter rechts gerichteter Preußen-Parlament erst in mehreren Monaten zusammenzutreten kann, daß bis zum Umbau der Regierung und nun erst bis zu einer Umgestaltung der preußischen Verwaltung auf alle Fälle noch weitere Monate vergehen würden — eine Zeit, in der vor allem außerpolitisch noch sehr viel zur Berichtigung Europas geschehen kann.

Schlaflos ist hier in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß bei einem Erfolg des Volksentscheides schon am Morgen nach dem 9. August ganz Deutschland in den Händen der extremen Nationalisten sein würde. Man darf nicht verschweigen, daß der „Antilige deutsche Presseklub“, der auf einem Gebiete sich sehr lo überreizt betätigt, hier in bedauerlicher Weise versagt hat. R. L.

Siehe auch zweite Seite

Ab Mittwoch freier Bankverkehr

Die 7. Rotterdamer Verordnung über die Wiederannahme des Zahlungsverkehrs ist nunmehr erschienen. Sie enthält, wie bereits bekannt geworden ist, die Bestimmung, daß am 3. und 4. August für den Bankverkehr der Banken die gleichen Bestimmungen wie bisher gelten. Auch im Überweisungsverkehr bleibt der bisherige Zustand am Montag noch aufrechterhalten, wobei allerdings erwartet wird, daß die Mitglieder des Überweisungsverbandes, die das Recht haben, ihren bargeldlosen Zahlungsverkehr autonom zu regeln, alle Befristungen fallen lassen. Am Dienstag tritt dann für sämtliche Banken die völlige Freiheit im Überweisungsverkehr ein, mit Ausnahme der Überweisungen auf Postkonten und Reichsbankkonten.

Der Mittwoch schließlich stellt für die Banken (ausgenommen die Sparkassen) den Zustand völliger Freiheit wieder her. Für die Inhaber von Sparkassen bei öffentlichen und privaten Bankinstituten wird ebenfalls bis zum 8. August die Höchstsumme der Überhebungen auf 50 RM erhöht. Der Überweisungsverkehr findet im großen ganzen auf der Basis der bisherigen Regelung statt. Schließlich enthält die Rotterdamer Verordnung die üblichen Bestimmungen über die Verzinsung und Protestverfahren für Wechsel, die sich inhaltlich eng an die bisherige Regelung anlehnen.

Der Wortlaut der Verordnung veröffentlichten wir an anderer Stelle des Blattes.

Aus Fehlern lernen

Von DR. PETER REINHOLD, früherem Reichsfinanzminister

Das Tempo der Sieben-Wellen-Stiefel, in dem das Schiffsaltschiff selbst abwärts schifft, hat sich noch immer nicht verlangsamt: Geplante und Befehlshaber überlisteten sich, und täglich wuchelt das Bild.

Staatskapitalismus und private Wirtschaftskontakte gehen mir und ohne erkennbare Trennungslinien durcheinander: Personen und Institutionen, die man getrennt gewogen und zu leicht befunden hatte, werden heute wieder auf den Schiff gehoben: rechter Hand, hinter Hand, alles vertauscht. Wir lernen Männer in den höchsten Führerstellen des Staates und der Wirtschaft, die bieleben Pläne jetzt mit Fanatismus verfolgen, die sie noch vor einigen Tagen selbstkritisch bekämpft haben: vieles wurde verbrannt, was man angebetet hatte, und mander wird heute wieder angebetet, den man gestern noch verbrannt wollte.

St in all diesem Wirrwarr ein Weg zu erkennen, der nicht zurück, sondern besser führt? Man kann, so scheint uns, diese Frage nicht beantworten, ohne sich über die Ursachen unterer jenseitiger (schwerer) Situation klar zu werden. Wir denken dabei nicht daran, die vielen Maßnahmen und Beschlüssen der letzten Zeit herauszufinden zu prüfen, ob sie berechtigt oder verfehlt waren; wir halten auch den gegenwärtigen Zeitpunkt noch für verfehlt, um die Schuldfrage einzelner Verantwortlichen aufzulösen. Nur das glauben wir in dieser Hinsicht schon heute sagen zu müssen: das System der Führerauswahl, das man bisher für die deutsche Politik so falsch und zum Teil mit vollem Recht kritisierte, hat, wie sich in diesen Tagen klar herausstellt, auch in der Wirtschaft in bestimmten Zügen verfestigt. Der scharf Wind dieser Seite hat die Schwachheit aller glänzenden Fassaden aufgedeckt: es ist desagab unzulässig, daß jedoch wie möglich die Konsequenz aus dieser Tatsache nach der persönlichen und der sachlichen Seite hin gezogen wird.

Für den Augenblick insofern handelt es sich nicht darum, nach Schuld und Schuldigen zu suchen, sondern sich klar zu werden, welche falschen Wege wir gegangen sind, um aus der Erkenntnis dieser Mängel für die Zukunft zu lernen. Hier entscheidende Fehler sind nach unserer Auffassung in erster Linie an den augenfälligsten Schwierigkeitsstellen, soweit es sich um Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet handelt, bei denen Deutschland die volle Freiheit des Entscheidungsbefehls besaß.

Den ersten Fehler sehen wir in der seit vielen Jahren von der Regierung und der Reichsbank, insbesondere unter ihrer alten Leitung, leider mit sonst in Deutschland seltener Konsequenz durchgeführten Politik, langfristige deutsche Auslandskredite zu erschließen oder unmöglich zu machen (man denke nur an die berühmte Verantwortung), während man der Aufnahme kurzfristiger Kredite praktisch keinerlei Hindernisse in den Weg legte. Erst diese falsche Methode der Vereinnahmung des neu fühlenden Kapitals hat den Run auf die deutschen Gold- und Devisenbestände überhaupt möglich gemacht, der nach dem Zusammenbruch der Devisenrichtigen Kreditlinie einsetzte und von Woche zu Woche gefährlicher Formen annahm.

Es ist jetzt die zweite falsche Maßnahme ein: daß die Reichsbank wie zu lange ohne ernsthafte Gegenwehr den Devisenbedarf für die Regelung von fälligen Zusammenbröckeln der freigelegte und den größten Teil ihrer Reserven fast komplett diesem Anflug opferte. Man konnte beinahe mit mathematischer Sicherheit berechnen — und das ist nicht etwa erst gefahren, nachdem das Verlangen der Reichsbankpolitik hier herausgefordert hätte in welcher Zeit die volle Zahl unseres Reichsbanknotens zu einem Pfund hätte führen müssen. Und als die Vertrauenskrise auf das Ausland übergriff, wurde durch die unglücklichen Beschlüsse, die in der Reichsministerkonferenz und Sonntag-Erklärung des Reichsbanknotens mit den Führern der Großbanken zusammen gefaßt wurden, der schließlich entscheidende Mängel begangen, der, um mit Salazar zu sprechen, ein Fehler, schlimmer als ein Verbrechen, war: daß man durch das Fallentfallen der Danabank der ganze deutsche Kreditverkehr aus dem Verkehr zog, ersetzte, anstatt durch eine folgerichtige Aktion aller Großbanken unter Führung des Reichs die psychologische Voraussetzung für die Beruhigung der Stimmung zu schaffen. Wie vorhersehbar diese Maßnahme wirkte, zeigte sich ja wenige Stunden später: man sagt nicht zuviel, daß die ganze Erklärung des Zahlungsverkehrs eine unmittelbare Folge der nachlässigen Beschlüsse vom 12. Juli war. Die schnell